

der Europäischen Gemeinschaften

18. Jahrgang Nr. L 23

30. Januar 1975

Ausgabe in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Verordnung (EWG) Nr. 212/75 der Kommission vom 29. Januar 1975 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen und Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr	1
Verordnung (EWG) Nr. 213/75 der Kommission vom 29. Januar 1975 über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	3
Verordnung (EWG) Nr. 214/75 der Kommission vom 29. Januar 1975 zur Festsetzung der Ausgleichsbeträge für Rindfleisch	5
Verordnung (EWG) Nr. 215/75 der Kommission vom 29. Januar 1975 zur Änderung der besonderen Abschöpfung bei der Ausfuhr von Weiß- und Rohzucker	7
Verordnung (EWG) Nr. 216/75 der Kommission vom 29. Januar 1975 zur Änderung der als Ausgleichsbeträge für die Erzeugnisse des Getreide- und Reissektors anzuwendenden Beträge	9
Verordnung (EWG) Nr. 217/75 der Kommission vom 29. Januar 1975 zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen	13

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Kommission

75/69/EWG :

★ Entscheidung der Kommission vom 18. Dezember 1974, mit der die Italienische Republik ermächtigt wird, Schutzmaßnahmen betreffend den innergemeinschaftlichen Handel von Weinen der Tarifnummer 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Herkunft aus Griechenland anzuwenden	15
--	----

Inhalt (Fortsetzung)

75/70/EWG :

- ★ Entscheidung der Kommission vom 30. Dezember 1974, mit der die Französische Republik ermächtigt wird, Schutzmaßnahmen betreffend den innergemeinschaftlichen Handel von Weinen der Tarifnummer 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Herkunft aus Griechenland anzuwenden 17

75/71/EWG :

- ★ Entscheidung der Kommission vom 20. Januar 1975, mit der die Bundesrepublik Deutschland ermächtigt wird, aus der Volksrepublik China stammende und in den übrigen Mitgliedstaaten im freien Verkehr befindliche Konserven und Zubereitungen von grünen Bohnen der Tarifnummer 20.02 ex G des Gemeinsamen Zolltarifs von der Gemeinschaftsbehandlung auszuschließen 19

75/72/EWG :

- ★ Entscheidung der Kommission vom 20. Januar 1975, mit der die Französische Republik ermächtigt wird, aus Japan stammendes und in den übrigen Mitgliedstaaten im freien Verkehr befindliches Spielzeug aus Holz und anderes (mit Ausnahme der Motoren und Bewegungsmechanismen für Spielzeug und Modelle zum Spielen sowie deren Ersatzteile) der Tarifnummern 97.03 A und ex B des Gemeinsamen Zolltarifs von der Gemeinschaftsbehandlung auszuschließen 20

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 212/75 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1975

**zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen
oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 85/75⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu erhebenden Abschöpfungen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 2524/74⁽³⁾ und den später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 2524/74 enthaltenen Bestimmungen auf die Angebots-

preise und die heutigen Notierungen, von denen die Kommission Kenntnis erhalten hat, führt zu einer Änderung der gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie es im Anhang zu dieser Verordnung angegeben wird —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung Nr. 120/67/EWG genannten Erzeugnisse zu erhebenden Abschöpfungen werden in der Tabelle im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. Januar 1975 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1975

Für die Kommission

P. J. LARDINOIS

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 11 vom 16. 1. 1975, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 271 vom 5. 10. 1974, S. 9.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 29. Januar 1975 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen bei der Einfuhr

(RE/Tonne)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Abschöpfungen
10.01 A	Weichweizen und Mengkorn	26,32
10.01 B	Hartweizen	14,28 ⁽¹⁾ ⁽⁴⁾
10.02	Roggen	21,59 ⁽⁵⁾
10.03	Gerste	0
10.04	Hafer	5,18
10.05 B	Mais, anderer als Hybridmais zur Aussaat	16,58 ⁽²⁾ ⁽³⁾
10.07 A	Buchweizen	0
10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum	0
10.07 C	Sorghum	21,94
10.07 D	Anderes Getreide	0 ⁽⁴⁾
11.01 A	Mehl von Weizen und Mengkorn	55,89
11.01 B	Mehl von Roggen	49,29
11.02 A I a	Grobgrieß und Feingrieß von Hartweizen	41,00
11.02 A I b	Grobgrieß und Feingrieß von Weichweizen	59,71

⁽¹⁾ Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,50 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

⁽²⁾ Für Mais mit Ursprung in den AASM oder den ULG, der in die überseeischen Departements der Republik Frankreich eingeführt wird, wird die Abschöpfung um 6 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

⁽³⁾ Für Mais mit Ursprung in Tansania, Uganda und Kenia wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,00 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

⁽⁴⁾ Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,50 Rechnungseinheiten je Tonne verringert.

⁽⁵⁾ Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1234/71 des Rates und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission bestimmt.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 213/75 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1975

über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 85/75⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15 Absatz 6,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2017/74⁽³⁾ und die später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt worden.

Auf Grund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit gelten-

den Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden, entsprechend den dieser Verordnung beigefügten Tabellen abgeändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Prämiensätze, die den nach Artikel 15 der Verordnung Nr. 120/67/EWG im voraus festgesetzten Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz hinzuzufügen sind, werden entsprechend den dieser Verordnung beigefügten Tabellen festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. Januar 1975 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1975

Für die Kommission

P. J. LARDINOIS

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 11 vom 16. 1. 1975, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1974, S. 4.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 29. Januar 1975 über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen bei der Einfuhr für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl⁽¹⁾

(RE/Tonne)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 1	1. Term. 2	2. Term. 3	3. Term. 4
10.01 A	Weichweizen und Mengkorn	0	0	0	0
10.01 B	Hartweizen	0	0	0	3,25
10.02	Roggen	0	0	0	0
10.03	Gerste	0	0	0	0
10.04	Hafer	0	0	0	5,77
10.05 B	Mais, anderer als Hybridmais zur Aussaat	0	0	0	0
10.07 A	Buchweizen	0	0	0	0
10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum	0	0	0	0
10.07 C	Sorghum	0	0	0	0
10.07 D	Andere	0	0	0	0
11.01 A	Mehl von Weizen und Mengkorn	0	0	0	0

⁽¹⁾ Die Gültigkeitsdauer der Lizenz ist gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2196/71 (ABl. Nr. L 231 vom 14. 10. 1971, S. 28), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3148/73 (ABl. Nr. L 321 vom 22. 11. 1973, S. 13), begrenzt.

B. Malz

(RE/100 kg)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 1	1. Term. 2	2. Term. 3	3. Term. 4	4. Term. 5
11.07 A I(a)	Malz aus Weizen, ungeröstet, in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A I(b)	Malz aus Weizen, ungeröstet, außer in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A II(a)	Malz, anderes als aus Weizen, ungeröstet, in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 A II(b)	Malz, anderes als aus Weizen, ungeröstet, außer in Form von Mehl	0	0	0	0	0
11.07 B	Malz, geröstet	0	0	0	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 214/75 DER KOMMISSION
vom 29. Januar 1975
zur Festsetzung der Ausgleichsbeträge für Rindfleisch

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den am 22. Januar 1972 in Brüssel unterzeichneten Vertrag über den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 181/73 des Rates vom 23. Januar 1973 zur Festsetzung der allgemeinen Regeln der Ausgleichsbeträge für Rindfleisch⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die für Rindfleisch geltenden Ausgleichsbeträge müssen gemäß den in der Verordnung (EWG) Nr. 181/73 aufgestellten Vorschriften festgelegt werden. Neue Orientierungspreise wurden durch die Verordnung (EWG) Nr. 2496/74 des Rates vom 2. Oktober 1974⁽³⁾ festgesetzt. Die in Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 181/73 vorgesehenen Berechnungen werden mit Hilfe der Verordnung (EWG) Nr. 2249/73 der Kommission vom 17. August 1973 zur Festsetzung der Koeffizienten für die Berechnung der Abschöpfung und zur Festlegung bestimmter Definitionen für Rindfleisch, ausgenommen gefrorenes Rindfleisch⁽⁴⁾, durchgeführt, und die in Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 181/73 genannten Koeffizienten wurden in der Verordnung (EWG) Nr. 2260/73 der Kommission vom 17. August 1973 über die Bestimmung der Grundlagen zur Berechnung der Abschöpfung für bestimmte Angebotsformen von gefrorenem Rindfleisch⁽⁵⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1160/74⁽⁶⁾, festgesetzt.

Der in Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 181/73 genannte Einfuhrpreis wird gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 218/73 der Kommission vom 29. Januar 1973 über die Berechnung des Einfuhrpreises und die Aufstellung des Sondereinfuhrpreises für Kälber und ausgewachsene Rinder⁽⁷⁾ berechnet; der in Artikel 5 Absatz 4 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 181/73 genannte Weltmarktpreis wird gemäß den Verordnungen (EWG) Nr. 990/68 des Rates vom 15. Juli 1968 über die Grundregeln für die Festsetzung der auf bestimmtes Rindfleisch anwendbaren Abschöpfungen⁽⁸⁾ und (EWG) Nr. 2260/73 festgelegt.

Die Ausgleichsbeträge für Kälber und Kalbfleisch stimmen mit denen für ausgewachsene Rinder und Fleisch von ausgewachsenen Rindern gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1100/74 der Kommission vom 3. Mai 1974⁽⁹⁾ überein —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die für Rindfleisch geltenden Ausgleichsbeträge werden im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 3. Februar 1975 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1975

Für die Kommission

P. J. LARDINOIS

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 5.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 25 vom 30. 1. 1973, S. 9.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 268 vom 3. 10. 1974, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 230 vom 18. 8. 1973, S. 15.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 233 vom 21. 8. 1973, S. 10.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 127 vom 9. 5. 1974, S. 32.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 26 vom 31. 1. 1973, S. 16.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 169 vom 18. 7. 1968, S. 12.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 122 vom 4. 5. 1974, S. 25.

ANHANG

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Von der ursprünglichen Gemeinschaft und Dänemark anzuwendende Ausgleichsbeträge			Bei der Einfuhr aus dritten Ländern anzuwendende Ausgleichsbeträge		Von Irland und dem Vereinigten Königreich anzuwendende Ausgleichs- beträge bei der Ausfuhr nach dritten Ländern (b)
	bei der Einfuhr aus Irland und dem Vereinigten Königreich	bei der Ausfuhr		durch Irland (a)	durch das Vereinigte Königreich (a)	
		nach Irland	nach dem Vereinigten Königreich			
	RE/100 kg Lebendgewicht					
01.02 A II a)	6,96	15,23 + 3,90 RE/ Kopf	15,23	10,54	9,76	15,23
01.02 A II b)	6,96	15,23 + 3,90 RE/ Kopf	15,23	10,54	9,76	15,23
	RE/100 kg Nettogewicht					
02.01 A II a) 1 aa) 11	9,31	36,10	29,73	23,10	16,73	28,94
02.01 A II a) 1 aa) 22	7,45	30,31	23,94	19,91	13,54	23,15
02.01 A II a) 1 aa) 33	11,16	41,88	35,51	26,29	19,92	34,72
02.01 A II a) 1 bb) 11	9,31	36,10	29,73	23,10	16,73	28,94
02.01 A II a) 1 bb) 22	7,45	30,31	23,94	19,91	13,54	23,15
02.01 A II a) 1 bb) 33	11,16	41,88	35,51	26,29	19,92	34,72
02.01 A II a) 1 cc) 11	13,96	50,57	44,20	31,08	24,71	43,41
02.01 A II a) 1 cc) 22	15,97	56,81	57,83	34,52	32,93	49,65
02.01 A II a) 2 aa)	8,28	32,90	26,53	23,60	17,23	25,74
02.01 A II a) 2 bb)	6,62	27,75	21,38	20,31	13,94	20,59
02.01 A II a) 2 cc)	10,35	39,34	32,97	27,71	21,34	32,18
02.01 A II a) 2 dd) 11	12,42	45,77	39,40	31,82	25,45	38,61
02.01 A II a) 2 dd) 22 aaa)	10,35	39,34	37,48	27,71	23,46	32,18
02.01 A II a) 2 dd) 22 bbb) (c)	10,35	39,34	37,48	27,71	23,46	32,18
02.01 A II a) 2 dd) 22 ccc)	14,24	51,43	51,56	35,43	32,27	44,27
02.06 C I a) 1	8,07	50,57	44,20	27,18	20,81	43,41
02.06 C I a) 2	9,23	56,81	79,73	30,05	45,19	49,65

(a) Diese Ausgleichsbeträge müssen gemäß Artikel 12 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 181/73 von der für das betreffende Erzeugnis festgesetzten Abschöpfung abgezogen werden.

(b) Diese Ausgleichsbeträge müssen gemäß Artikel 12 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 181/73 von der für das betreffende Erzeugnis festgesetzten Erstattung abgezogen werden.

(c) Die Zulassung zu dieser Tarifstelle ist abhängig von der Vorlage einer Bescheinigung, die den von den zuständigen Stellen der Europäischen Gemeinschaften festgesetzten Voraussetzungen entspricht.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 215/75 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1975

zur Änderung der besonderen Abschöpfung bei der Ausfuhr von Weiß- und Rohzucker

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 1009/67/EWG des Rates vom 18. Dezember 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2476/74⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 608/72 des Rates vom 23. März 1972 über die Anwendungsregeln im Zuckersektor im Falle eines erheblichen Preisanstiegs auf dem Weltmarkt⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die besondere Abschöpfung, die bei der Ausfuhr von Weiß- und Rohzucker anzuwenden ist, wurde durch die Verordnung (EWG) Nr. 1791/74⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 209/75⁽⁵⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 1791/74 enthaltenen Vorschriften, Kriterien und Durchführungsbestimmungen auf die Angaben, über die die Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß die gegenwärtig geltende besondere Abschöpfung bei der Ausfuhr entsprechend dem Anhang zu dieser Verordnung zu ändern ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die in Artikel 16 Absatz 1 zweiter Unterabsatz der Verordnung Nr. 1009/67/EWG genannte besondere Ausfuhrabschöpfung für Zucker, festgesetzt im Anhang der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 1791/74, wird gemäß den im Anhang genannten Beträgen abgeändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. Januar 1975 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1975

Für die Kommission

P. J. LARDINOIS

Mitglied der Kommission

(1) ABl. Nr. 308 vom 18. 12. 1967, S. 1.

(2) ABl. Nr. L 264 vom 1. 10. 1974, S. 70.

(3) ABl. Nr. L 75 vom 28. 3. 1972, S. 5.

(4) ABl. Nr. L 187 vom 11. 7. 1974, S. 23.

(5) ABl. Nr. L 22 vom 29. 1. 1975, S. 19.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 29. Januar 1975 zur Änderung der besonderen Abschöpfung bei der Ausfuhr von Weiß- und Rohzucker

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Bezeichnung der Erzeugnisse	Betrag der besonderen Ausfuhrabschöpfung (RE/100 kg)
17.01	Rüben- und Rohrzucker, fest : A. denaturiert : I. Weißzucker II. Rohrzucker B. nicht denaturiert : I. Weißzucker ex II. Rohrzucker, ausgenommen Kandiszucker	 51,00 41,00 ⁽¹⁾ 51,00 41,00 ⁽¹⁾

⁽¹⁾ Dieser Betrag gilt für Rohrzucker mit einem Rendementwert von 92 v.H. Wenn der Rendementwert des ausgeführten Rohrzuckers von 92 v.H. abweicht, wird der nach den Bestimmungen des Artikels 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1076/72 berechnete Abschöpfungsbetrag angewandt.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 216/75 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1975

zur Änderung der als Ausgleichsbeträge für die Erzeugnisse des Getreide- und Reissektors anzuwendenden Beträge

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf den Vertrag über den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft⁽¹⁾, der am 22. Januar 1972 in Brüssel unterzeichnet worden ist,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 229/73 des Rates vom 31. Januar 1973 zur Festlegung der Grundregeln für die Ausgleichsbeträge für Getreide und zur Festsetzung dieser Ausgleichsbeträge für einige Erzeugnisse⁽²⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1860/74⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 7,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 243/73 des Rates vom 31. Januar 1973 zur Festlegung der Grundregeln für die Ausgleichsbeträge für Reis und zur Festsetzung dieser Ausgleichsbeträge für einige Erzeugnisse⁽⁴⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1999/74⁽⁵⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die als Ausgleichsbeträge für die Erzeugnisse des Getreide- und Reissektors geltenden Beträge wurden

durch die Verordnung (EWG) Nr. 3311/74⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 210/75⁽⁷⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 3311/74 erwähnten Modalitäten hat zur Folge, daß die zur Zeit geltenden Beträge entsprechend den Angaben im Anhang zu dieser Verordnung geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die als Ausgleichsbeträge geltenden, im Anhang der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3311/74 festgelegten Beträge werden entsprechend den Angaben im Anhang zu dieser Verordnung geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. Januar 1975 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1975

Für die Kommission

P. J. LARDINOIS

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 73 vom 27. 3. 1972, S. 5.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 27 vom 1. 2. 1973, S. 25.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 197 vom 19. 7. 1974, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 29 vom 1. 2. 1973, S. 26.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 209 vom 31. 7. 1974, S. 5.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 355 vom 31. 12. 1974, S. 25.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 22 vom 29. 1. 1975, S. 21.

ANNEXE A — BILAG A — ANHANG A — ALLEGATO A — BIJLAGE A — ANNEX A

Montants applicables au titre des montants compensatoires pour les céréales

Beløb, der skal anvendes som udligningsbeløb for korn

Für Getreide als Ausgleichsbeträge anzuwendende Beträge

Importi applicabili a titolo di importi di compensazione per i cereali

Als compenserende bedragen toe te passen bedragen voor granen

Amounts applicable as compensatory amounts for cereals

(RE/UC/u.a./1 000 kg)

N° du tarif douanier commun Position i den fælles toldtarif Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs N. della tariffa doganale comune Nr. van het gemeenschappelijk douanetarief CCT heading No	DK	IRL	UK
10.01 A ⁽¹⁾	7,33	5.51	26.00
10.01 B	8,71	12.87	14.00
10.02	—	11.79	22.00
10.04	6,03	6.00	6.00
10.05 B	—	14.61	18.00
10.07 C	—	15.53	22.00

ANNEXE C — BILAG C — ANHANG C — ALLEGATO C — BIJLAGE C — ANNEX C

Montants applicables au titre des montants compensatoires pour les produits transformés à base de céréales et de riz

Beløb, der skal anvendes som udligningsbeløb for produkter, der er forarbejdet på basis af korn og ris

Für Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnisse als Ausgleichsbeträge anzuwendende Beträge

Importi applicabili a titolo di importi di compensazione per i prodotti trasformati dei cereali e del riso

Als compenserende bedragen toe te passen bedragen voor op basis van granen en rijst verwerkte produkten

Amounts applicable as compensatory amounts for products processed from cereals or rice

(RE/UC/n.a./100 kg)

N° du tarif douanier commun Position i den fælles toldtarif Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs N. della tariffa doganale comune Nr. van het gemeenschappelijk douanetarief CCT heading No	DK	IRL	UK
11.01 A ⁽¹⁾	0,985	0,679	3,800
11.01 B ⁽¹⁾	—	1,559	3,000
11.01 D ⁽¹⁾	0,844	0,840	0,840
11.01 E I ⁽¹⁾	—	2,045	2,520
11.01 E II ⁽¹⁾	—	1,490	1,836
11.01 K ⁽¹⁾	—	1,584	2,244
11.02 A I a) ⁽¹⁾	1,213	1,848	2,200
11.02 A I b) ⁽¹⁾	1,064	0,733	4,200
11.02 A II ⁽¹⁾	—	1,651	3,080
11.02 A IV ⁽¹⁾	0,844	0,840	0,840
11.02 A V a) 1 ⁽¹⁾	—	2,045	2,520
11.02 A V a) 2 ⁽¹⁾	—	2,045	2,520
11.02 A V b) ⁽¹⁾	—	1,490	1,836
11.02 A IX ⁽¹⁾	—	1,584	2,244
11.02 B I a) 2 aa)	0,615	0,612	0,612
11.02 B I a) 2 bb) ⁽¹⁾	0,844	0,840	0,840
11.02 B I b) 2 ⁽¹⁾	0,844	0,840	0,840
11.02 B II a) ⁽¹⁾	0,975	0,733	3,458
11.02 B II b) ⁽¹⁾	—	1,568	2,926
11.02 B II c) ⁽¹⁾	—	2,045	2,520
11.02 B II d) ⁽¹⁾	—	2,174	3,080
11.02 C I ⁽¹⁾	1,026	0,771	3,640
11.02 C II ⁽¹⁾	—	1,651	3,080
11.02 C IV ⁽¹⁾	0,844	0,840	0,840
11.02 C V ⁽¹⁾	—	2,045	2,520
11.02 C VIII ⁽¹⁾	—	2,174	3,080
11.02 D I ⁽¹⁾	0,748	0,562	2,652
11.02 D II ⁽¹⁾	—	1,203	2,244
11.02 D IV ⁽¹⁾	0,615	0,612	0,612
11.02 D V ⁽¹⁾	—	1,490	1,836
11.02 D VIII ⁽¹⁾	—	1,584	2,244
11.02 E I a) 2 ⁽¹⁾	0,615	0,612	0,612
11.02 E I b) 2 ⁽¹⁾	0,844	0,840	0,840
11.02 E II a) ⁽¹⁾	1,026	0,771	3,640
11.02 E II b) ⁽¹⁾	—	1,651	3,080
11.02 E II c) ⁽¹⁾	—	2,045	2,520
11.02 E II d) ⁽¹⁾	—	2,174	3,080
11.02 F I ⁽¹⁾	0,748	0,562	2,652
11.02 F II ⁽¹⁾	—	1,203	2,244
11.02 F IV ⁽¹⁾	0,615	0,612	0,612
11.02 F V ⁽¹⁾	—	1,490	1,836

N° du tarif douanier commun Position i den fælles toldtarif Nr. des Gemeinsamen Zolltarifs N. della tariffa doganale comune Nr. van het gemeenschappelijk douanetarief CCT heading No	DK	IRL	UK
11.02 F IX ⁽¹⁾	—	1-584	2-244
11.02 G I	0,183	0-138	0-650
11.02 G II	—	0-365	0-450
11.06 B II	—	2-352	2-898
11.07 A I a)	1,305	0-981	4-628
11.07 A I b)	0,975	0-733	3-458
23.02 A I a)	0,059	0-161	0-352
23.02 A I b) 1	0,059	0-161	0-352
23.02 A I b) 2	0,059	0-161	0-352
23.02 A II a)	0,059	0-161	0-352
23.02 A II b)	0,059	0-161	0-352
23.07 B I a) 1	—	0-234	0-288
23.07 B I a) 2	—	0-234	0-288
23.07 B I b) 1	—	0-731	0-900
23.07 B I b) 2	—	0-731	0-900
23.07 B I c) 1	—	1-096	1-350
23.07 B I c) 2	—	1-096	1-350

⁽¹⁾ Pour la distinction entre les produits des n°s 11.01 et 11.02, d'une part, et ceux de la sous-position 23.02 A, d'autre part, sont considérés comme relevant des n°s 11.01 et 11.02 les produits ayant simultanément :

- une teneur en amidon (déterminée d'après la méthode polarimétrique Ewers modifiée) supérieure à 45 % (en poids) sur matière sèche,
- une teneur en cendres (en poids) sur matière sèche (déduction faite des matières minérales ayant pu être ajoutées) inférieure ou égale à 1,6 % pour le riz, 2,5 % pour le froment et le seigle, 3 % pour l'orge, 4 % pour le sarrasin, 5 % pour l'avoine et 2 % pour les autres céréales.

Les germes de céréales, même en farines, relèvent en tout cas du n° 11.02.

⁽²⁾ Med henblik på sondringen mellem varer tariferet under pos. 11.01 og 11.02 på den ene side og under pos. 23.02 A på den anden side anses som tariferet under pos. 11.01 og 11.02 varer, der samtidig har

- et indhold af stivelse (bestemt ved Ewers modificerede polarimetriske metode) på over 45 vægtprocent, beregnet på grundlag af tørsubstansen,
- et askeindhold (efter fradrag af eventuelle tilsatte mineralske stoffer) på 1,6 vægtprocent eller derunder for ris, 2,5 vægtprocent eller derunder for hvede og rug, 3 vægtprocent eller derunder for byg, 4 vægtprocent eller derunder for boghvede, 5 vægtprocent eller derunder for havre og 2 vægtprocent eller derunder for de øvrige kornsorter, beregnet på grundlag af tørsubstansen.

Kim af korn samt mel deraf tariferes under alle omstændigheder under pos. 11.02.

⁽³⁾ Für die Abgrenzung der Erzeugnisse der Tarifnummern 11.01 und 11.02 von denen der Tarifstelle 23.02 A gelten als Erzeugnisse der Tarifnummern 11.01 und 11.02 Erzeugnisse, die gleichzeitig folgendes aufweisen :

- einen auf den Trockenstoff bezogenen Stärkegehalt (bestimmt nach dem abgeänderten polarimetrischen Ewers-Verfahren) von mehr als 45 Gewichtshundertteilen,
- einen auf den Trockenstoff bezogenen Aschegehalt (abzüglich etwa zugesetzter Mineralsstoffe), der bei Reis 1,6 Gewichtshundertteile oder weniger, bei Weizen und Roggen 2,5 Gewichtshundertteile oder weniger, bei Gerste 3 Gewichtshundertteile oder weniger, bei Buchweizen 4 Gewichtshundertteile oder weniger, bei Hafer 5 Gewichtshundertteile oder weniger und bei anderen Getreidearten 2 Gewichtshundertteile oder weniger beträgt.

Getreidekeime, auch gemahlen, gehören auf jeden Fall zur Tarifnummer 11.02.

⁽⁴⁾ Per la distinzione tra i prodotti delle voci nn. 11.01 e 11.02 da un lato, e quelli della sottovoce 23.02 A dall'altro, si considerano come appartenenti alle voci nn. 11.01 e 11.02 i prodotti che abbiano simultaneamente :

- un tenore in amido (determinato in base al metodo polarimetrico Ewers modificato), calcolato sulla materia secca, superiore al 45 % (in peso),
- un tenore in ceneri (in peso), calcolato sulla materia secca (dedotte le sostanze minerali che possono essere state aggiunte), inferiore o pari a 1,6 % per il riso, a 2,5 % per il frumento e la segala, a 3 % per l'orzo, a 4 % per il grano saraceno, a 5 % per l'avena ed a 2 % per gli altri cereali.

I germi di cereali, anche sfarinati, rientrano comunque nella voce n. 11.02.

⁽⁵⁾ Voor het onderscheid tussen de produkten van de nummers 11.01 en 11.02 enerzijds en die van de onderverdeling 23.02 A anderzijds, worden geacht onder de nummers 11.01 en 11.02 te vallen de produkten die tegelijkertijd :

- een zetmeelgehalte hebben (bepaald volgens de gewijzigde polarimetrische methode van Ewers) van meer dan 45 gewichtspercenten, berekend op de droge stof, en
- een asgehalte hebben (onder aftrek van eventueel toegevoegde minerale stoffen), berekend op de droge stof, van ten hoogste : 1,6 gewichtspercent voor rijst, 2,5 gewichtspercenten voor tarwe en rogge, 3 gewichtspercenten voor gerst, 4 gewichtspercenten voor boekweit, 5 gewichtspercenten voor haver en 2 gewichtspercenten voor andere granen.

Graankiemen ook indien gemalen, vallen in elk geval onder nummer 11.02.

⁽⁶⁾ For the purpose of distinguishing between products falling within headings Nos 11.01 and 11.02 and those falling within subheading 23.02 A, products falling within headings Nos 11.01 and 11.02 shall be those meeting the following specifications :

- a starch content (determined by the modified Ewers polarimetric method), referred to dry matter, exceeding 45 % by weight,
- an ash content, by weight, referred to dry matter (after deduction of any added minerals) not exceeding 1.6 % for rice, 2.5 % for wheat and rye, 3 % for barley, 4 % for buckwheat, 5 % for oats and 2 % for other cereals.

Germ of cereals, whole, rolled, flaked or ground, falls in all cases within heading No 11.02.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 217/75 DER KOMMISSION

vom 29. Januar 1975

zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 85/75⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung Nr. 359/67/EWG des Rates vom 25. Juli 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1129/74⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 12 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 3275/74⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 211/75⁽⁶⁾, festgesetzt worden.

Die zuletzt festgesetzte Abschöpfung der Grunderzeugnisse weicht von den mittleren Abschöpfungen um

mehr als 0,25 Rechnungseinheiten je 100 kg des Grunderzeugnisses ab. Daher müssen auf Grund von Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1579/74⁽⁷⁾ die zur Zeit geltenden Abschöpfungen entsprechend der dieser Verordnung beigefügten Tabelle geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen, die der Verordnung (EWG) Nr. 1052/68⁽⁸⁾ zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 881/73⁽⁹⁾, unterliegen und im Anhang der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3275/74 festgesetzt sind, zu erhebenden Abschöpfungen werden entsprechend der dieser Verordnung beigefügten Tabelle geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 30. Januar 1975 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 29. Januar 1975

Für die Kommission

P. J. LARDINOIS

Mitglied der Kommission

(1) ABl. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.

(2) ABl. Nr. L 11 vom 16. 1. 1975, S. 1.

(3) ABl. Nr. 174 vom 31. 7. 1967, S. 1.

(4) ABl. Nr. L 128 vom 10. 5. 1974, S. 20.

(5) ABl. Nr. L 349 vom 28. 12. 1974, S. 38.

(6) ABl. Nr. L 22 vom 29. 1. 1975, S. 25.

(7) ABl. Nr. L 168 vom 25. 6. 1974, S. 7.

(8) ABl. Nr. L 179 vom 25. 7. 1968, S. 8.

(9) ABl. Nr. L 86 vom 31. 3. 1973, S. 30.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 29. Januar 1975 zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungszeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Abschöpfungen in RE/100 kg	
	Drittländer (ausgenommen AASM, ULG, Vereinigte Rep. Tansania, Rep. Uganda, Rep. Kenia)	AASM, ULG, Vereinigte Rep. Tansania, Rep. Uganda, Rep. Kenia
11.01 D ⁽²⁾	1,400	0,900
11.02 A II ⁽²⁾	4,561	4,061
11.02 A IV ⁽²⁾	1,400	0,900
11.02 B I a) 2 aa)	0,760	0,510
11.02 B I a) 2 bb) ⁽²⁾	1,150	0,900
11.02 B I b) 2 ⁽²⁾	1,150	0,900
11.02 B II a) ⁽²⁾	3,908	3,658
11.02 B II b) ⁽²⁾	3,250	3,000
11.02 C I ⁽²⁾	4,650	4,400
11.02 C II ⁽²⁾	3,860	3,610
11.02 C IV ⁽²⁾	1,050	0,800
11.02 D I ⁽²⁾	3,055	2,805
11.02 D II ⁽²⁾	2,551	2,301
11.02 D IV ⁽²⁾	0,760	0,510
11.02 E I a) 2 ⁽²⁾	0,760	0,510
11.02 E I b) 2 ⁽²⁾	1,500	1,000
11.02 E II a) ⁽²⁾	5,450	4,950
11.02 E II b) ⁽²⁾	4,561	4,061
11.02 F I ⁽²⁾	5,450	4,950
11.02 F II ⁽²⁾	4,561	4,061
11.02 F IV ⁽²⁾	1,400	0,900
11.02 G I	2,563	2,063
11.07 A I a)	5,795	4,895
11.07 A I b)	4,558	3,658
11.08 A III	1,700	0
11.09 A	15,000	0
11.09 B	15,000	0

⁽²⁾ Für die Abgrenzung der Erzeugnisse der Tarifnummern 11.01 und 11.02 von denen der Tarifsteile 23.02 A gelten als Erzeugnisse der Tarifnummern 11.01 und 11.02 Erzeugnisse, die gleichzeitig folgendes aufweisen:

- einen auf den Trockenstoff bezogenen Stärkegehalt (bestimmt nach dem abgeänderten polarimetrischen Ewers-Verfahren) von mehr als 45 Gewichtshundertteilen.
- einen auf den Trockenstoff bezogenen Aschegehalt (abzüglich etwa zugesetzter Mineralstoffe), der bei Reis 1,6 Gewichtshundertteile oder weniger, bei Weizen und Roggen 2,5 Gewichtshundertteile oder weniger, bei Gerste 3 Gewichtshundertteile oder weniger, bei Buchweizen 4 Gewichtshundertteile oder weniger, bei Hafer 5 Gewichtshundertteile oder weniger und bei anderen Getreidearten 2 Gewichtshundertteile oder weniger beträgt.

Getreidekeime, auch gemahlen, gehören auf jeden Fall zur Tarifnummer 11.02.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 18. Dezember 1974,

mit der die Italienische Republik ermächtigt wird, Schutzmaßnahmen betreffend den innergemeinschaftlichen Handel von Weinen der Tarifnummer 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Herkunft aus Griechenland anzuwenden

(Nur der italienische Text ist verbindlich)

(75/69/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 115 Absatz 1,

gestützt auf den Antrag auf Anwendung von Artikel 115 Absatz 1, den die Italienische Republik bei der Kommission am 28. Oktober 1974 gestellt hat, um die Ermächtigung zu erhalten, Schutzmaßnahmen betreffend den innergemeinschaftlichen Handel von Weinen der Tarifnummer 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Herkunft aus Griechenland, die sich in einem anderen Mitgliedstaat im freien Verkehr befinden, zu treffen,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verordnung (EWG) Nr. 816/70 zur Aufstellung zusätzlicher Bestimmungen zur gemeinsamen Marktorganisation für Weinbauerzeugnisse⁽¹⁾ hat gegenüber dritten Ländern die Liberalisierung der Einfuhr dieser Waren sowie den freien Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft eingeführt.

Gemäß den Bestimmungen des Abkommens zur Schaffung einer Assoziierung zwischen der EWG und Griechenland und insbesondere gemäß dem Protokoll Nr. 14 wenden die Mitgliedstaaten auf die Einfuhren von Wein mit Herkunft aus Griechenland unterschied-

liche Zollsätze an. Die Einfuhren in die Benelux-Länder erfolgen zollfrei ohne jede mengemäßige Beschränkung. In den übrigen Mitgliedstaaten bestehen dagegen im allgemeinen Zollsätze oder gegebenenfalls Zollkontingente zu niedrigen oder Null-Zollsätzen, die von einem Mitgliedstaat zum anderen variieren.

Diese Zoll disparitäten rufen Verkehrsverlagerungen hervor, deren voraussichtliche Andauer die Durchführung der von den Mitgliedstaaten gegenüber Griechenland ergriffenen Zollmaßnahmen in Frage stellen kann.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es nicht möglich, die Methoden festzulegen, nach denen die Mitgliedstaaten die zur Vermeidung von Schutzmaßnahmen erforderliche Zusammenarbeit leisten könnten.

Unter diesen Umständen muß die Italienische Republik ermächtigt werden, vorübergehend die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu treffen.

Diese Schutzmaßnahmen können in der Erhebung einer zusätzlichen Einfuhrabgabe bestehen, die die bestehenden Zoll disparitäten ausgleicht und dabei den zugunsten Griechenlands eröffneten Zollkontingenten Rechnung trägt.

Die Gültigkeit der vorliegenden Entscheidung muß bis zum Inkrafttreten einer gemeinsamen Zollregelung für die fraglichen Produkte und längsten bis zum 31. Dezember 1975 begrenzt werden —

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 99 vom 5. 5. 1970, S. 1.

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Italienische Republik wird ermächtigt, bei der Einfuhr von Weinen der Tarifnummer 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Herkunft aus Griechenland, die sich in einem anderen Mitgliedstaat im freien Verkehr befinden, einen Ausgleichszoll zu erheben, der höchstens dem Unterschied entspricht, der einerseits zwischen dem Zollsatz, den sie bei der Einfuhr des fraglichen Weins mit direkter Herkunft aus Griechenland erheben, und andererseits dem Zoll, der auf denselben Wein bei seiner Abfertigung zum freien Verkehr entrichtet wird, besteht.

Artikel 2

Für Weine, für die in dem jeweiligen Mitgliedstaat in Anwendung des Protokolls Nr. 14 zum Abkommen zur Schaffung einer Assoziierung zwischen der EWG und Griechenland Zollkontingente eröffnet wurden, wird der in Artikel 1 erwähnte Zoll bis zur Erschöpfung des betreffenden Zollkontingents durch Einfuhren, die unmittelbar aus Griechenland oder über einen anderen Mitgliedstaat getätigt werden, auf der Grundlage des in dem fraglichen Mitgliedstaat im Rahmen dieses Zollkontingents anwendbaren Zollsatzes berechnet.

Artikel 3

Die Italienische Republik unterrichtet die Kommission unverzüglich von den in Anwendung dieser Entscheidung getroffenen Maßnahmen.

Artikel 4

Die Gültigkeit dieser Entscheidung ist bis zum Inkrafttreten einer gemeinsamen Zollregelung für die Einfuhren von Weinen aus Griechenland, spätestens aber bis zum 31. Dezember 1975, befristet.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an die Italienische Republik gerichtet.

Brüssel, den 18. Dezember 1974

Für die Kommission

Der Präsident

François-Xavier ORTOLI

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 30. Dezember 1974,

mit der die Französische Republik ermächtigt wird, Schutzmaßnahmen betreffend den innergemeinschaftlichen Handel von Weinen der Tarifnummer 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Herkunft aus Griechenland anzuwenden

(Nur der französische Text ist verbindlich)

(75/70/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 115 Absatz 1,

gestützt auf den Antrag auf Anwendung von Artikel 115 Absatz 1, den die Französische Republik bei der Kommission am 20. Dezember 1974 gestellt hat, um die Ermächtigung zu erhalten, Schutzmaßnahmen betreffend den innergemeinschaftlichen Handel von Weinen der Tarifnummer 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Herkunft aus Griechenland, die sich in einem anderen Mitgliedstaat im freien Verkehr befinden, zu treffen,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Verordnung (EWG) Nr. 816/70 zur Aufstellung zusätzlicher Bestimmungen zur gemeinsamen Marktordnung für Weinbauerzeugnisse⁽¹⁾ hat gegenüber dritten Ländern die Liberalisierung der Einfuhr dieser Waren sowie den freien Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft eingeführt.

Gemäß den Bestimmungen des Abkommens zur Schaffung einer Assoziierung zwischen der EWG und Griechenland und insbesondere gemäß dem Protokoll Nr. 14 wenden die Mitgliedstaaten auf die Einfuhren von Wein mit Herkunft aus Griechenland unterschiedliche Zollsätze an. Die Einfuhren in die Benelux-Länder erfolgen zollfrei ohne jede mengenmäßige Beschränkung. In den übrigen Mitgliedstaaten bestehen dagegen im allgemeinen Zollsätze oder gegebenenfalls Zollkontingente zu niedrigen oder Null-Zollsätzen, die von einem Mitgliedstaat zum anderen variieren.

Diese Zoll disparitäten rufen Verkehrsverlagerungen hervor, deren voraussichtliche Andauer die Durchführung der von den Mitgliedstaaten gegenüber Griechenland ergriffenen Zollmaßnahmen in Frage stellen kann.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es nicht möglich, die Methoden festzulegen, nach denen die Mitgliedstaaten die zur Vermeidung von Schutzmaßnahmen erforderliche Zusammenarbeit leisten könnten.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 99 vom 5. 5. 1970, S. 1.

Unter diesen Umständen muß die Französische Republik ermächtigt werden, vorübergehend die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu treffen.

Diese Schutzmaßnahmen können in der Erhebung einer zusätzlichen Einfuhrabgabe bestehen, die die bestehenden Zoll disparitäten ausgleicht und dabei den zugunsten Griechenlands eröffneten Zollkontingenten Rechnung trägt.

Die Gültigkeit der vorliegenden Entscheidung muß bis zum Inkrafttreten einer gemeinsamen Zollregelung für die fraglichen Produkte und längstens bis zum 31. Dezember 1975 begrenzt werden —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Französische Republik wird ermächtigt, bei der Einfuhr von Weinen der Tarifnummer 22.05 C des Gemeinsamen Zolltarifs mit Herkunft aus Griechenland, die sich in einem anderen Mitgliedstaat im freien Verkehr befinden, einen Ausgleichszoll zu erheben, der höchstens dem Unterschied entspricht, der einerseits zwischen dem Zollsatz, den sie bei der Einfuhr des fraglichen Weins mit direkter Herkunft aus Griechenland erheben, und andererseits dem Zoll, der auf denselben Wein bei seiner Abfertigung zum freien Verkehr entrichtet wird, besteht.

Artikel 2

Für Weine, für die in dem jeweiligen Mitgliedstaat in Anwendung des Protokolls Nr. 14 zum Abkommen zur Schaffung einer Assoziierung zwischen der EWG und Griechenland Zollkontingente eröffnet wurden, wird der in Artikel 1 erwähnte Zoll bis zur Erschöpfung des betreffenden Zollkontingents durch Einfuhren, die unmittelbar aus Griechenland oder über einen anderen Mitgliedstaat getätigt werden, auf der Grundlage des in dem fraglichen Mitgliedstaat im Rahmen dieses Zollkontingents anwendbaren Zollsatzes berechnet.

Artikel 3

Die Französische Republik unterrichtet die Kommission unverzüglich von den in Anwendung dieser Entscheidung getroffenen Maßnahmen.

Artikel 4

Die Gültigkeit dieser Entscheidung ist bis zum Inkrafttreten einer gemeinsamen Zollregelung für die Einfuhren von Weinen aus Griechenland, spätestens aber bis zum 31. Dezember 1975, befristet.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an die Französische Republik gerichtet.

Brüssel, den 30. Dezember 1974

Für die Kommission

Der Präsident

François-Xavier ORTOLI

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 20. Januar 1975,

mit der die Bundesrepublik Deutschland ermächtigt wird, aus der Volksrepublik China stammende und in den übrigen Mitgliedstaaten im freien Verkehr befindliche Konserven und Zubereitungen von grünen Bohnen der Tarifnummer 20.02 ex G des Gemeinsamen Zolltarifs von der Gemeinschaftsbehandlung auszuschließen

(Nur der deutsche Text ist verbindlich)

(75/71/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 115 Absatz 1,

gestützt auf den Antrag auf Anwendung von Artikel 115 Absatz 1, den die deutsche Regierung mit Fernschreiben ihrer Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften am 14. Januar 1975 eingereicht hat, um die Ermächtigung zu erhalten, aus der Volksrepublik China stammende und in den übrigen Mitgliedstaaten im freien Verkehr befindliche Konserven und Zubereitungen von grünen Bohnen der Tarifnummer 20.02 ex G des Gemeinsamen Zolltarifs von der Gemeinschaftsbehandlung auszuschließen,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die unterschiedlichen handelspolitischen Maßnahmen, die in Deutschland einerseits und in den übrigen Mitgliedstaaten andererseits gegenüber der Volksrepublik China für diese Erzeugnisse angewandt werden, werden Verkehrsverlagerungen auslösen.

Diese Verkehrsverlagerungen würden die Durchführung der von Deutschland gegenüber der Volksrepublik China getroffenen handelspolitischen Maßnahmen verhindern.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es nicht möglich, die Methoden festzulegen, nach denen die übrigen Mitgliedstaaten die erforderliche Zusammenarbeit leisten können.

Unter diesen Umständen ist die Anwendung von Schutzmaßnahmen durch Artikel 115 Absatz 1 für einen begrenzten Zeitraum und unter den Bedingungen zu genehmigen, die die Kommission in ihrer Entscheidung vom 12. Mai 1971 ⁽¹⁾, insbesondere Artikel 1, festgelegt hat.

Zudem ist der Rat mit einem Verordnungsvorschlag zur Vereinheitlichung der von den Mitgliedstaaten gegenüber dritten Ländern angewandten Einfuhrregime auf dem Sektor der Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse befaßt —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland wird ermächtigt, die Einfuhren von folgenden aus der Volksrepublik China stammenden und in den übrigen Mitgliedstaaten im freien befindlichen angewandten von der Gemeinschaftsbehandlung auszuschließen, soweit der Zeitpunkt der Antragstellung zur Erlangung der Einfuhrdokumente nach dem 1. Januar 1975 liegt :

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
20.02	Gemüse und Küchenkräuter, ohne Essig zubereitet oder haltbar gemacht
ex G	— grüne Bohnen

Artikel 2

Die Geltungsdauer dieser Entscheidung ist bis zur Anwendung einer Ratsentscheidung über die Vereinheitlichung der Einfuhrregelung für die Verarbeitungserzeugnisse des Obst- und Gemüsesektors und spätestens bis zum 31. März 1975 befristet.

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet.

Brüssel, den 20. Januar 1975

Für die Kommission

Der Präsident

François-Xavier ORTOLI

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 121 vom 3. 6. 1971, S. 26.

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 20. Januar 1975,

mit der die Französische Republik ermächtigt wird, aus Japan stammendes und in den übrigen Mitgliedstaaten im freien Verkehr befindliches Spielzeug aus Holz und anderes (mit Ausnahme der Motoren und Bewegungsmechanismen für Spielzeug und Modelle zum Spielen sowie deren Ersatzteile) der Tarifnummern 97.03 A und ex B des Gemeinsamen Zolltarifs von der Gemeinschaftsbehandlung auszuschließen

(Nur der französische Text ist verbindlich)

(75/72/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 115 Absatz 1,

gestützt auf den Antrag auf Anwendung von Artikel 115 Absatz 1, den die französische Regierung mit Fernschreiben ihrer Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften am 15. Januar 1975 eingereicht hat, um die Ermächtigung zu erhalten, aus Japan stammendes und in den übrigen Mitgliedstaaten im freien Verkehr befindliches Spielzeug aus Holz und anderes (mit Ausnahme der Motoren und Bewegungsmechanismen für Spielzeug und Modelle zum Spielen sowie deren Ersatzteile) der Tarifnummern 97.03 A und ex B des Gemeinsamen Zolltarifs von der Gemeinschaftsbehandlung auszuschließen,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die unterschiedlichen handelspolitischen Maßnahmen, die in Frankreich einerseits und in den übrigen Mitgliedstaaten andererseits gegenüber Japan für diese Erzeugnisse angewandt werden, werden Verkehrsverlagerungen auslösen.

Diese Verkehrsverlagerungen würden die Durchführung der von Frankreich gegenüber Japan getroffenen handelspolitischen Maßnahmen verhindern.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es nicht möglich, die Methoden festzulegen, nach denen die übrigen Mitgliedstaaten die erforderliche Zusammenarbeit leisten können.

Unter diesen Umständen ist die Anwendung von Schutzmaßnahmen durch Artikel 115 Absatz 1 für einen begrenzten Zeitraum und unter den Bedingungen zu genehmigen, die die Kommission in ihrer Entscheidung vom 12. Mai 1971 ⁽¹⁾, insbesondere Artikel 1, festgelegt hat.

Für die fraglichen Waren könnte eine einheitliche Einfuhrregelung im Rahmen einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Japan eingeführt werden; die Gültigkeitsdauer der Maßnahmen müßte bis zum Inkrafttreten einer solchen Regelung beschränkt werden —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Französische Republik wird ermächtigt, die Einfuhren von folgenden aus Japan stammenden und in den übrigen Mitgliedstaaten im freien Verkehr befindlichen Erzeugnissen von der Gemeinschaftsbehandlung auszuschließen, soweit der Zeitpunkt der Antragstellung zur Erlangung der Einfuhrdokumente nach dem 6. Januar 1975 liegt :

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung
97.03 A ex B	Anderes Spielzeug ; Modelle zum Spielen — aus Holz — andere (mit Ausnahme der Motoren und Bewegungsmechanismen für Spielzeug und Modelle zum Spielen sowie deren Ersatzteile)

Artikel 2

Die Geltungsdauer dieser Entscheidung ist bis zur Anwendung einer einheitlichen Einfuhrregelung im Rahmen einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Japan und spätestens bis zum 31. Dezember 1975 befristet.

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an die Französische Republik gerichtet.

Brüssel, den 20. Januar 1975

Für die Kommission

Der Präsident

François-Xavier ORTOLI

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 121 vom 3. 6. 1971, S. 26.